

Positionspapier der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Göttinger Stadtrat zum Fortbetrieb des Weender Freibads

(Stand:13.9.2013)

Einleitung

Der Göttinger Stadtrat hat im Jahr 2012 anlässlich der Beschlussfassung über die Teilnahme der Stadt am Entschuldungshilfeprogramm (EHP) des Landes entschieden, die Trägerschaft für das Weender Freibad aufzugeben. Als Gegenleistung für diese und andere Einsparmaßnahmen übernahm das Land Altschulden der Stadt. Im EHP wurde jedoch nicht festgelegt, dass das Bad zwingend geschlossen werden muss. Um dem Vertrag gerecht zu werden, würde es ausreichen, wenn die jährliche Bezuschussung der laufenden Kosten um den vertraglich festgelegten Betrag gesenkt werden könnte. Seither verhandelt die Stadt mit dem Förderverein des Bades und der Göttinger Sport und Freizeit GmbH (GöSF), wie eine Schließung vermieden und ein Weiterbetrieb unter veränderten Rahmenbedingungen bei verringerten Kosten ermöglicht werden kann.

Der Anlass der Diskussion: Der Beschluss des Göttinger Stadtrats über die Teilnahme am EHP im Jahr 2012

Die Stadt war bis zum Jahreswechsel 2012/13 mit über 180 Mio. € Kassenkrediten hoch verschuldet. Durch die stetig steigenden Schulden wurde die politische Handlungsfähigkeit des Rates zunehmend in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund hat das Land der Stadt Göttingen – wie auch anderen Kommunen – im Jahr 2011 im Rahmen eines umfassenden Entschuldungshilfeprogramms das Angebot unterbreitet, einen Teil der Altschulden zu übernehmen, wenn sich die Stadt ihrerseits zu Einsparmaßnahmen verpflichtet. Nach langer Diskussion und einem recht aufwändigen BürgerInnenbeteiligungsverfahren hat der Rat im Juni 2012 mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU beschlossen, das Angebot des Landes anzunehmen. Das Land nahm daraufhin 113 Mio.€ Göttinger Altschulden auf seine Schultern – etwa 2/3 der Gesamtschulden der Stadt. Man mag darüber streiten, ob das EHP als finanzpolitisches Instrument des Landes zur Entlastung hoch verschuldeter Kommunen sinnvoll konstruiert war. Das Angebot nicht anzunehmen, wäre aber aus unserer Sicht nicht verantwortbar gewesen. Durch die Teilnahme am EHP und andere günstige Umstände können wir nun immerhin davon ausgehen, dass die Stadt ihre Schulden bis 2016 nahezu vollständig abbauen kann.

Die Aufgabe der Trägerschaft für das Freibad Weende – eine von 63 Maßnahmen des EHP

Als Gegenleistung für die Entschuldung hat sich die Stadt verpflichtet, 63 festgelegte Einsparmaßnahmen durchzuführen, ihre freiwilligen Leistungen zu deckeln und ihren Haushalt zehn Jahre lang mit einer „schwarzen Null“ zu beschließen, d.h. keine neuen Schulden anzuhäufen. Zu den wenigen für BürgerInnen unmittelbar spürbaren Gegenleistungen, die im Einzelfall unbestritten schmerzliche Folgen haben können (z.B. die Kürzungen bei der Ferienbetreuung für Kinder), gehört die Selbstverpflichtung der Stadt, die Trägerschaft für das Weender Bad aufzugeben und die jährliche Bezuschussung von derzeit 120.000€ auf Null zu senken.

Gründe für die ursprünglich vorgesehene vollständige Schließung

Diese Schließung des Weender Bades wurde unter anderen möglichen Maßnahmen ausgewählt...

- weil der Betrieb mehrerer beheizter Freibäder mit den Klimazielen der Stadt kaum vereinbar ist.
- weil das Weender Bad stark sanierungsbedürftig ist und nicht sichergestellt werden kann, dass das Bad ohne grundlegende Sanierung eine weitere volle Badesaison geöffnet werden kann.
- weil der Umbau des Bades selbst in der von der GöSF vorgeschlagenen kostengünstigen Variante mindestens 1,5 Mio.€ kosten wird. Eine Sanierung des Bades in der heutigen Form und Funktionalität würde sogar deutlich teurer.
- weil die BesucherInnenzahlen rückläufig sind, die Einnahmen aus Kartenverkäufen sinken und der Zuschussbedarf seit Jahren ansteigt. Nicht einmal das sehr sonnige Wetter dieses Jahres und der außergewöhnliche Medienrummel um das Weender Bad haben für einen nennenswerten Anstieg der Nachfrage gesorgt. Die BesucherInnenzahlen stiegen nur um 5000 auf 60.000. Der Anstieg in Weende war sogar geringer als im Naturbad Grone, wo immerhin ein Anstieg um 10.000 auf 55.000 zu verzeichnen war. Da in verregneten Jahren deutlich weniger BesucherInnen zu erwarten sind, liegt die Nachfrage heute im Durchschnitt weit, weit unter den sechsstelligen Besucherzahlen z.B. der 80er und 90er Jahre. Leider ist nicht absehbar, dass sich dieses Problem durch eine Sanierung und Modernisierung aus der Welt schaffen lässt, denn wir haben es mit einem deutlichen Trend zu tun: Die Besucherzahlen derartiger Bäder sind bundesweit stark rückläufig wodurch die Zuschussbedarfe steigen.
- weil Göttingen auch ohne das Weender Bad mindestens ein durchschnittliches Bäderangebot aufzuweisen hat, selbst wenn man Bovenden und Rosdorf (ebenfalls mit schlecht besuchtem Freibad) einbezieht. Da Göttingen alles andere als eine Flächenstadt ist, bleiben die Wege zu den verbleibenden Bädern zumutbar. Für viele sportliche Formen der Nutzung steht im Sportzentrum der Universität ein weiteres Bahnschwimmbecken zur Verfügung und auch die stadtnahen Seen bieten Bademöglichkeiten, die von vielen GöttingerInnen gerne genutzt werden.
- weil die vertraglich geforderten Einsparungen sonst andere Träger freiwilliger Leistungen v.a. im sozialen und kulturellen Bereich treffen werden. Dort würden sie ähnlich schmerzliche Folgen nach sich ziehen, wobei absehbar ist, dass wahrscheinlich in stärkerem Maße deutlich hilfsbedürftigere Menschen getroffen würden.

Die Suche nach einem Kompromiss

Es ist dem Förderverein des Weender Freibads und engagierten Ortsratsmitgliedern – auch der GRÜNEN – zu verdanken, dass neben der Schließung des Bades schon frühzeitig auch andere Optionen zur Diskussion standen, die einen Fortbetrieb unter veränderten Rahmenbedingungen möglich erscheinen ließen. Insbesondere das Angebot des Fördervereins, am zukünftigen Betrieb des Bades aktiv mitzuwirken und verbindlich Aufgaben zu übernehmen, die auch zu Kostensenkungen beitragen, hat uns veranlasst, andere Varianten ernsthaft zu prüfen und die GöSF mit der Erstellung eines umfassenden Alternativkonzeptes zu beauftragen. Das Konzept liegt seit einiger Zeit vor und ermöglicht den Fortbetrieb des Bades im Rahmen eines umfassenderen städtebaulichen Entwurfs. Wir halten die Vorschläge der GöSF für einen sinnvollen Kompromiss. Bei der Entwicklung dieses Kompromisses waren von der GöSF zwei Aspekte zwingend zu berücksichtigen:

- **Die Akzeptanz im Stadtteil muss sichergestellt sein**, weswegen zur Umsetzung eines sinnvollen Konzeptes das Einvernehmen und die Kooperation des Fördervereins eine notwendige Voraussetzung ist.
- **Der Kostenrahmen ist durch das EHP definiert und muss eingehalten werden**, schon um andere Einrichtungen vor zusätzlichen Einsparforderungen zu schützen, verhandeln wir deshalb sowohl im Stadtrat als auch im Ortsrat über den Fortbetrieb des Bades nur unter der Vorbedingung, dass die Einsparvorgaben des EHP umgesetzt werden. Dafür ist es notwendig, die laufenden Kosten und mit ihnen den Zuschussbedarf des Bades nachhaltig zu senken.

Das Konzept der GöSF: Städtebauliche Gesamtlösung mit Naturbad

Der von der GöSF entwickelte Entwurf bindet das Bad in ein städtebauliches Gesamtkonzept ein. Um die Umsetzung der Pläne finanzieren zu können, ist ein Teilverkauf des heutigen Areals an die Städtische Wohnungsbau GmbH vorgesehen. Auf den veräußerten Flächen entstehen u.a. ein ganzjährig geöffneter Restaurant- bzw. Cafébetrieb und weitere flexibel nutzbare Räumlichkeiten. Das Schwimmbad i.e.S. ist eingebettet in ein parkähnliches Gelände mit sportlichen Gestaltungselementen.

Der erste Entwurf der GöSF wurde nachträglich auf Druck des Fördervereins in vielen Punkten nachgebessert, wodurch die im EHP festgelegte Einsparsumme nicht mehr realisiert werden kann. Durch den Umbau des Bades werden die laufenden Kosten nicht mehr wie vorgesehen um 120.000€ sinken sondern nur noch um 20.000€. Diese deutliche Überschreitung des Kostenrahmens betrachten wir als weitreichendes politisches Zugeständnis, denn die im EHP festgeschriebenen Einsparungen müssen nun bei freiwilligen Leistungen an anderer Stelle, z.B. im Kultur-, Sozial- und Bildungsbereich realisiert werden. Wir halten diesen Schritt für bedenklich, tragen ihn aber mit, weil Weende durch Umsetzung des Entwurfs nicht nur ein neues Bad bekommt, sondern auch die städtebauliche Entwicklung des Umfelds einen echten Mehrwert darstellt, es entsteht regelrecht ein neues Ortsteilzentrum.

Das zukünftige Bad

Die Planungen der GöSF sehen (ähnlich dem Naturbad in Grone) ein unbeheiztes, naturgeklärtes Bad vor in dem durch Kollektoren sonnengewärmtes Wasser genau dann zur Verfügung gestellt wird, wenn es eine relevante Nachfrage gibt, nämlich an sonnigen Tagen. Dadurch werden die Energiekosten für die Erwärmung des Wassers reduziert. Aus dem gleichen Grund wird die Wasserfläche auf 1200m² und die Wassertiefe auf 1,35m reduziert, was auch die Kosten für Frischwasser, die Filterung und die Beckenreinigung mindert. Verzichtet wird auf einen Sprungturm, weil dieser einen – im wahrsten Sinne des Wortes – „herausragenden“ Kostenfaktor darstellt. Er erfordert aus versicherungstechnischen Gründen die dauerhafte Bereitstellung professionellen Aufsichtspersonals sowie ein tieferes Becken mit allen bereits genannten Nebenwirkungen. Hinzu kommen hohe Kosten für die Instandhaltung der Sprunganlage nach gültigen Sicherheitsstandards.

Im Gegenzug bekommt Weende ein modernes Naturbad mit (an sonnigen Tagen) warmem Wasser, ganzjährig warmen Duschen und Sandstrand, eingebettet in ein parkähnliches Gelände. Das Bahnschwimmen ist auf 25-Meter-Bahnen bei ausreichender Wassertiefe weiterhin möglich und für Kinder stehen eine Rutsche und ausreichende Bademöglichkeiten zur Verfügung. Die Wasserfläche wird zu ihren Gunsten umverteilt. Auf Wunsch des Vereins wurde das Konzept an mehreren Punkten nachgebessert. Aus unserer Sicht stellt es mittlerweile einen sinnvollen und finanzierbaren Kompromiss dar.

Alternativkonzepte des Fördervereins

Die Forderungen und Konzeptvorschläge des Fördervereins sind aus unserer Sicht nicht immer solide durchgerechneten und zielen in andere Richtungen und stellen die angestrebten Einsparziele noch weiter in Frage. Vor allem die Maximalforderung, das Bad zu sanieren und trotz hoher Betriebskosten und rückläufiger Besucherzahlen in bisheriger Form weiter zu betreiben, ist unzeitgemäß und ignoriert, dass sich das NutzerInnenverhalten gewandelt hat. Bahnen werden in geringerem Maße genutzt, familienfreundliche Flachwasserbereiche dafür umso mehr. Auch der Vorschlag des Vereins, die Trägerschaft selber zu übernehmen, ist nicht akzeptabel, weil er das Risiko auf die Stadt abwälzt. Scheitert der Verein hätte die Stadt die Verantwortung für ein Bad, dessen Umbau sie teuer bezahlt hat, dessen (gescheitertes) Konzept aber in entscheidenden Punkten nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Verhandlungsgrundlage kann daher nur ein Konzept sein, das von realistischen Annahmen ausgeht, sich an den von uns genannten Prämissen orientiert und insbesondere auf den öffentlich hart umkämpften Sprungturm verzichtet. Diesen lehnen wir beharrlich ab, nicht weil wir Jugendlichen den Spaß am Springen nicht gönnen, sondern weil der Betrieb des Turms einer der wichtigsten Faktoren für die Höhe der laufenden Kosten ist. Wie von der GöSF glaubhaft dargestellt, ist der Turm für den erfolgreichen Betrieb des Bades nicht zwingend erforderlich. Und wie Oberbürgermeister Wolfgang Meyer kürzlich aus Freiburg zu berichten wusste, kommen selbst größere und wohlhabendere Städte ohne jede Sprunganlage aus. Wer auf den freien Fall aus zehn Metern Höhe nicht verzichten möchte, sollte ohnehin in der Lage sein, relativ problemlos zum Freibad am Brauweg zu gelangen.

Unsere Haltung zu den Protesten in Weende...

Derzeit erleben wir, dass der Förderverein mit dem wir bis zuletzt immer wieder Gespräche geführt haben, massiv gegen die Vorschläge der GöSF mobilisiert. Dabei ist das bürgerliche Lager offensichtlich besser in der Lage, sich zu vernetzen und wirksam Proteste zu organisieren, als andere Akteure z.B. aus dem sozialen und kulturellen Bereich, die wir zumindest teilweise für deutlich hilfsbedürftiger halten. Wir wollen uns dem Protest in Weende nicht verschließen, schließlich sehen wir gute Chancen für einen Kompromiss, aber die von uns beschriebenen Prämissen sind für uns zwingend zu berücksichtigen.

Dass der Förderverein das Konzept der GöSF in Frage stellt und für sich in Anspruch nimmt, Sprachrohr eines ganzen Stadtteils zu sein, müssen wir hinnehmen. Wir müssen auch hinnehmen, dass dabei der finanzielle Handlungsrahmen von örtlichen Akteuren nicht wahrgenommen wird. Als RatspolitikerInnen MUSS uns dieser Handlungsrahmen aber interessieren, denn wir tragen Verantwortung für das Gemeinwohl ALLER BürgerInnen dieser Stadt. Wir haben darüber zu entscheiden, ob und in welchem Umfang wir an bestimmten Stellen Einsparungen vornehmen, um die Einhaltung des EHPs abzusichern. Auch sind angesichts der Deckelung freiwilliger Leistungen bedürftigere Interessengruppen und Zuschussempfängerinnen vor höheren Einsparfordernissen zu schützen. Der Beschluss über den Fortbetrieb des Bades muss vor diesem Hintergrund politisch verantwortbar bleiben.

... und zur politischen Instrumentalisierung des Protests

Die Göttinger CDU, die den Beschluss über das EHP und die Beendigung der Trägerschaft für das Weender Bad mitgetragen hat, erweckt aus populistischen und wahltaktischen Gründen den Anschein, als sei sie für diesen Beschluss nicht mitverantwortlich. Wo die erforderlichen Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen werden sollen, wenn die Stadt den Vorschlägen des Fördervereins nachgibt, sagt die CDU nicht. Sie entledigt sich ihrer Verantwortung und instrumentalisiert den Protest vor der Bundestagswahl für ihre Zwecke. Uns bleibt die Hoffnung, dass Göttingens BürgerInnen in der Lage sind, dieses unredliche Spiel zu durchschauen und die Diskussion in ihrem gesamtpolitischen Kontext zu betrachten.

Appell an die Vernunft: Unterstützen Sie das Konzept der GöSF!

Wägt man alle Interessen gegeneinander ab, stellt das Konzept der GöSF aus unserer Sicht einen sinnvollen und finanzierbaren Kompromiss dar. Wir können nur dringend an den Förderverein appellieren, sich den Vorschlägen der GöSF nicht länger zu verschließen. Ohne die Mitwirkung des Vereins ist auch dieses Konzept nicht umsetzbar. Die einzig verantwortbare Alternative wäre, das Bad endgültig zu schließen.